Herbst 2017
FCG-Magazin 03/2017 | P.b.b. GZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Verlagspostamt 1080 Wien
Österreichische Post AG



vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB

Schwerpunkte der Ausgabe

- Interview mit Sebastian Kurz
- Ihre Stimme im Parlament
- Neuer Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA-djp
- Gute Pflege für Alle!

© Eyetronic – www.fotolia.com

FCG

www.fcg.at










UNSER LAND IN GUTER HAND

Fraktion Christlicher GewerkschafterInnen in der

GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHER DIENST

göd.fcg

www.goedfcg.at

© Andi Bruckner


© Andi Bruckner

Dr. Norbert Schnedl
Bundesvorsitzender der FCG
Vizepräsident des ÖGB

Lebendige Demokratie!

In wenigen Wochen wird in Österreich der Nationalrat gewählt. Zahlreiche Fernsehdebatten, Informationsveranstaltungen, Folder und Plakate mit unseren Politikerinnen und Politikern prägen die Vorwahlzeit.

Das mag fast schon zu viel des Guten erscheinen, aber es ist weltweit betrachtet – leider – immer noch ein **Privileg**, in einer **Demokratie** zu leben.

Daher die Bitte: Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch und stärken Sie christlich-soziale Politik!

Als FCG stehen wir felsenfest zum jahrzehntelang erprobten und bewährten Modell der österreichischen **„Sozialpartnerschaft"**. Gerade im internationalen Vergleich können wir immer wieder feststellen, wie erfolgreich unser Modell ist, weil fast 98 Prozent aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Lande in ihren Rechten, z.B. bezüglich Urlaub und Freizeit, ihrer Entlohnung und in ihren Arbeitsbedingungen durch Kollektivverträge abgesichert sind. Dies ist möglich, weil drei der vier Sozialpartner, die Wirtschaftskammer, die Landwirtschaftskammer und die Arbeiterkammern als gesetzliche Interessensvertretungen mit dem ÖGB zusammenwirken und uns zum „Weltmeister im sozialen Dialog" machen. Daher kommt von der FCG ein klares „NEIN" zur Beschneidung oder Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft in den Kammern, weil dies bedeuten würde, dass einzelne Betriebe aus den – in den jeweiligen Branchen mühsam ausverhandelten – Kollektivverträgen aussteigen könnten. Das ist weder im Interesse unserer Mitglieder, noch kann es im Interesse der Wirtschaft sein, wenn faire Betriebe, die sich an die Spielregeln halten, in einen unfairen Wettbewerb gedrängt werden. Arbeitnehmerrechte dürfen nicht geschwächt werden!

Im Grundsatzprogramm der FCG haben wir unsere Bekenntnisse zur Freiheit und Demokratie, zur Rechtsstaatlichkeit und zu den uns tragenden Grundwerten aus der „Christlichen Soziallehre" festgeschrieben. Damit diese Werte auch gelebt werden, haben wir immer wieder unsere Mitglieder und Funktionärinnen und Funktionäre ermutigt, sich auf allen Ebenen politisch zu engagieren. Auch heuer ist es uns gelungen, für die kommende Wahl wieder einige Kandidatinnen und Kandidaten aus der FCG auf den jeweiligen Landes- und Regionallisten zu positionieren. Sie vertreten unsere Werte und ich ersuche Sie herzlich, unsere FCG-Kandidatinnen und -Kandidaten bei der kommenden Wahl mit Ihrer Vorzugsstimme zu unterstützen und auch Ihre Familie, Freunde und Bekannte um eine solche Unterstützung zu bitten.
Damit christlich-soziale Politik in Österreich wieder Vorrang hat! ■


© Gerd Neuhold


© Weinwurm

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

In diesem Magazin liegt der Schwerpunkt auf der kommenden Nationalrats-Wahl am 15. Oktober 2017 und wir präsentieren – in den jeweiligen Landesausgaben unterschiedlich – Kandidatinnen und Kandidaten aus der FCG, die sich dieser Wahl stellen. Doch es wird auch einen Tag, eine Woche und eine Zeit nach der Wahl geben – das Leben wird weiter gehen und unterschiedliche Interessen werden weiter bestehen.

Seit Jahrzehnten haben wir in Österreich einen Weg gefunden, diese Probleme nicht „auf der Straße", sondern am Verhandlungstisch zu lösen. Damit sind wir in ganz Europa – und wahrscheinlich auch weltweit führend im sozialen Dialog, die „Streiktage" werden in unserem Land in Sekunden gezählt – zuletzt waren es 29 Sekunden pro Arbeitnehmer und Jahr!

Wir können nur hoffen, dass es lediglich die „Hitze des Wahlkampfs" war, die einzelne Parteien dazu brachte, diese Errungenschaft unseres Landes aufs Spiel zu setzen. Daher setzen wir so deutliche Positionen, daher wollen wir, dass jene FCG-Kandidat/innen unterstützt werden, die für unsere Werte stehen und denen wir vertrauen können.

Eine spannende Lektüre in einer spannenden Zeit wünschen

Andreas Gjecaj Anne Rothleitner

Ihre Stimme im Parlament

15. Oktober 2017. Österreich wählt einen neuen Nationalrat.

Man spricht von einer Grundsatzentscheidung für Österreich. Daher ist es – wie auch Norbert Schnedl im Editorial betonte – wichtig, zur Wahl zu gehen. Wer die Wahl hat, hat die Qual und daher möchten wir hier drei Kandidatinnen vorstellen, die mit Ihrer Unterstützung die Interessen der FCG im Nationalrat vertreten werden. Wir haben unseren drei starken Gewerkschafterinnen ein paar Fragen gestellt.

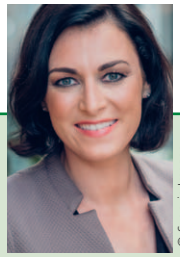
	Ich engagiere mich politisch, weil ...	*Die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern ist ...*	*Digitalisierung und Schule heißt für mich ...*
Gertraud Salzmann *Vorsitzende der AHS-Gewerkschaft Salzburg*  Salzburger Landesliste – Platz 4	... mir die Menschen ein Anliegen sind! Als Pädagogin bringe ich mich aus Überzeugung für ein gutes, differenziertes Bildungssystem ein. Als Juristin und Gewerkschafterin engagiere ich mich für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.	... umstritten. Kammern sind jedoch ein wichtiger Teil der Interessensvertretung in der Sozialpartnerschaft. Eine ebenso wichtige Aufgabe hat dabei die Gewerkschaft, deren Mitgliedschaft auf Freiwilligkeit beruht.	... Schülerinnen und Schüler sollen durch digitale Kompetenzen fit für die Zukunft gemacht werden. Dafür ist eine ausreichende Ressourcenbereitstellung unumgänglich. Bildung ist aber nicht nur Lernen für den Job, sondern Bildung hat einen Wert an sich!
Romana Deckenbacher *Stv. Vorsitzende und Bereichsleiterin „Soziales" der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst*  Wiener Landesliste – Platz 6	... weil ich dadurch die zielgruppenspezifischen Interessen meiner potentiellen Wählerinnen und Wähler vertreten und nachhaltig zu deren Umsetzung beitragen kann.	... im Sinne gelebter Sozialpartnerschaft zu erhalten. Sie ist ein tragender Bestandteil des fairen Interessensausgleichs und leistet damit einen unverzichtbaren Beitrag zum sozialen Frieden.	... die Verknüpfung von Cyber- und Informationsraum. Die Nutzung des Internets zur raschen Gewinnung von Information, zum Austausch und zur Verbreitung bietet ungeahnte Möglichkeiten. Besonders wichtig ist, dass sich Schülerinnen und Schülern auch der Risiken bewusst sind.
Angelika Kuss-Bergner *Gewerkschafterin und Personalvertreterin der Kärntner Pflichtschullehrerinnen und -lehrer*  Kärntner Landesliste – Platz 3	...weil ich meine Erfahrung einbringen möchte und unsere Zukunft mitgestalten will.	... ein solidarisches Modell für Interessensvertretung, ein Garant für Wohlstand und sozialen Frieden und gehört zur gelebten Sozialpartnerschaft in Österreich.	... sich den Herausforderungen der Zukunft zu stellen.

Unterstützen Sie unsere Gewerkschafterinnen!

■ Tragen Sie dazu den **Namen oder** die **Listenplatznummer** Ihrer Wunschkandidatin in die Zeile **Landesliste** ein.



Vereinbarkeit Familie und Beruf ...	*Integration bedeutet für mich ...*	*Für die Zukunft Österreichs wünsche ich mir ...*
... ist eine Herausforderung, der sich Politik und Gesellschaft stellen und Lösungen dafür anbieten müssen. Das reicht von der Gesetzgebung, über die qualifizierte Kinderbetreuung, bis hin zu familienfreundlichen Arbeitsplätzen und einem geänderten Rollenbild.	... Menschen Heimat geben, die ihre verloren haben. Dies kann nur gelingen auf Basis unserer verfassungsrechtlichen Grundrechte, durch Akzeptanz unserer Werte und durch den Willen, sich einzugliedern. Die Sprachbeherrschung ist dabei ein Schlüssel.	... Politikerinnen und Politiker, die zuhören, die Erfahrungen der Frauen und Männer aus der Praxis viel stärker in ihre Entscheidungen einbinden und eine Gesellschaft, die – z. B. in Bildung, Sozialbereich, Arbeitsleben - nicht noch stärker in zwei Klassen geteilt ist.
... darf kein Widerspruch sein! Das bedeutet das Recht auf Wahlfreiheit der Eltern in Bezug auf Kinderbetreuung bzw. Elternteilzeit und ein breites Angebot. So kann sichergestellt werden, dass Kinder von ihren Eltern zwei wichtige Dinge mitbekommen: „Wurzeln und Flügel!“	... die Aufhebung des Trennenden. Damit ist Integration ein dynamischer, lang andauernder und sehr differenzierter Vorgang des Zusammenwachsens, vor allem unterschiedlicher Wertesysteme. Wichtig ist mir dabei das Erlernen der Sprache als Basis für interpersonelle Kommunikation.	... mehr Investitionen in eine zukunftsorientierte Bildung, ein Leben in Sicherheit in einem stabilen Rechtsstaat sowie die Chance für unsere Kinder und Jugendlichen, ein freies und selbstbestimmtes Leben führen zu können.
... machbar, wenn die Rahmenbedingungen passen. Die Entscheidungsfreiheit der Betroffenen muss aber gewährleistet bleiben!	... Voraussetzung für ein friedliches Miteinander. Nur wer unsere Werte teilt, ist in unserer Gesellschaft angekommen.	... starke Familien, erfüllende Jobs und steigende Einkommen. Österreich, ein Land im Herzen Europas, muss Europameister bei Zufriedenheit, Wohlstand und Sicherheit seiner Bewohner werden!



© Synovie Images

Mehr Anreize schaffen

Die Neue Volkspartei steht für die Schaffung einer neuen Gerechtigkeit für jene, die durch Erwerbsarbeit tagtäglich etwas für das System leisten. Gerechtigkeit steht jedem zu, der Eigenverantwortung zeigt und die ihm gebotenen Chancen nutzt. Das bedeutet auch, dass Gerechtigkeit nicht zwischen sozialer Herkunft, gesellschaftlichem Status oder Geschlecht differenziert.

Um allen Fleißigen ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, ist der erste Schritt getan, wenn wir bei der Senkung der Lohn- und Einkommenssteuer ansetzen. Nur so können wir die große Lücke zwischen Brutto und Netto schließen und wieder mehr Anreize für die Menschen schaffen, die etwas in unserem Land leisten wollen. Wer arbeitet, darf nicht der Dumme sein.

Es kommt nicht nur darauf an, dass Arbeit entsprechend gewürdigt wird, es ist auch wichtig, dass unserem Kammersystem wieder mehr Vertrauen geschenkt wird. Unsere Kammern sind ein wesentlicher Bestandteil historisch gewachsener Strukturen, weshalb es auch legitim ist, dass deren Bestand durch Beitragszahlungen gesichert wird.

Ganz nach dem Motto „das Beste aus beiden Welten fusionieren“ setzen wir auf Altbewährtes und reichern es mit neuen Impulsen an, um Österreich zukunftsfit zu gestalten. ■

Elli Köstinger

Interview mit Sebastian Kurz

Wahrheiten klar aussprechen

Im Vorfeld der Nationalratswahlen sprach das Redaktionsteam des FCG-Magazins mit Sebastian Kurz über seine Vorhaben der nächsten fünf Jahre.



Österreich steht im Oktober vor einer Richtungsentscheidung. Mit welchen inhaltlichen Schwerpunkten gehst du in die kommende Wahl?

In der Vergangenheit sind wir in Österreich des Öfteren falsch abgebogen. Unser Land hat aber jede Chance, es wieder zurück an die Spitze zu schaffen. Dafür ist es entscheidend, zu wissen, wo wir wirklich stehen, Probleme nicht länger schön zu reden und Wahrheiten klar auszusprechen. Das ist die Basis für unsere Arbeit und unsere inhaltlichen Schwerpunkte.

Ein Bereich, wo es dringend Veränderungen braucht, ist die **Wirtschaft**. Unser Wirtschaftswachstum war früher weit über dem EU-Schnitt. In den letzten Jahren ist unser Standort jedoch zurückgefallen. Manche holen uns ein, andere überholen uns sogar. Das macht sich auch bei der Arbeitslosigkeit bemerkbar.

Beim **Sozialsystem** geben wir zwar heute mehr aus als fast jedes andere Land der Welt. Mit den Ergebnissen können wir aber längst nicht mehr zufrieden sein. So müssen wir erleben, dass Menschen in Wiener Spitälern am Gang liegen, Ambulanzen überfüllt sind und wichtige Untersuchungen oft viel zu lange Wartezeiten erfordern.

Ein weiterer wichtiger Bereich ist jener der **Migration und Sicherheit**. Die Flüchtlingskrise ist nicht vorbei, nur weil die Medien die Bilder nicht mehr zeigen. Es kommen immer noch viel zu viele Menschen illegal nach Europa und speziell nach Österreich. Das stellt uns bei der Integration vor enorme Herausforderungen. Die illegale Migration muss gestoppt werden.

Als FCG interessieren uns vor allem Themen, die die Arbeitswelt betreffen. Hier stehen wir durch die Digitalisierung vor neuen Herausforderungen. Was trägst du dazu bei, dass sowohl Beschäftigte als auch die Arbeitgeber von einer veränderten Arbeitswelt profitieren?

Durch den digitalen Wandel auf dem Arbeitsmarkt werden Arbeitsplätze wegfallen, das lässt sich nicht wegdiskutieren. Fakt ist aber auch, dass neue Stellen entstehen werden. Es liegt an der Politik, die Rahmenbedingungen zu schaffen, damit man die Chance des 21. Jahrhunderts nicht fürchten muss, sondern nutzen kann. Wir müssen dafür sorgen, dass junge Menschen richtig aus- und weitergebildet werden. Und gerade wenn sich die Arbeitswelten durch die **Digitalisierung** verändern, müssen wir noch stärker auf lebenslanges Lernen setzen.

Du hast eine steuerliche Entlastung angekündigt. Wie wird die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aussehen?

Wir wollen eine Steuersenkung, die die Menschen in Österreich spürbar entlastet. Daher wollen wir die **Steuer- und Abgabenquote** auf unter 40 Prozent senken – derzeit liegen wir bei etwa 43 Prozent. Das bedeutet eine sukzessive Entlastung für die Menschen am Ende der nächsten Legislaturperiode von zumindest 12 Milliarden Euro pro Jahr. Um das zu finanzieren, werden wir in drei Bereichen ansetzen: Wenn wir so stark wie die Deutschen wachsen, bringt uns das mehrere Milliarden. Zweitens, die Ausgaben dürfen nicht stärker wachsen als die Inflation, und drittens müssen wir sparen bei Förderungen, bei der Zuwanderung ins Sozialsystem und ▶

bei den Kosten für Flüchtlinge. Allein die Flüchtlinge, die 2015/2016 gekommen sind, kosten uns 2,5 Milliarden jährlich. Neue Steuern lehnen wir strikt ab.

Lebenslanges Lernen ist wichtiger denn je, Bildung der Schlüssel am Arbeitsmarkt. Was muss sich ändern, dass Österreich auch in Zukunft hoch qualifizierte Fachkräfte hervorbringt?

Zunächst einmal muss festgehalten werden, dass Österreich in den vergangenen Jahren im Bereich der Lehre große Fortschritte gemacht hat. Mit unserem Modell **„Lehre mit Matura"** beispielsweise sind wir einer der Vorreiter in Europa. Andere Länder kopieren dieses Modell mittlerweile. Dennoch muss es uns gelingen, Lehrberufe noch attraktiver zu machen. Großes Potenzial, qualifizierte Fachkräfte hervorzubringen, liegt darüber hinaus in den sogenannten **„MINT-Fächern"**: Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik. Aufgrund der großen Nachfrage im Technologie-Bereich und nicht zuletzt der Digitalisierung bieten sich hier gute Zukunftschancen, diese gilt es aufzuzeigen.

Wir stehen derzeit auch vor der Situation, dass in Österreich zwar rund 90.000 Menschen aus einem Nicht-EU-Land studieren, davon aber nur 17 Prozent der Absolventen hierbleiben. Es geht da nicht nur um das Anwerben qualifizierter Personen, sondern auch um das Halten jener, die schon da sind.

Stichwort „Generation Praktikum": Prekäre Arbeitsverhältnisse und dubiose Praktika führen dazu, dass junge Menschen immer später in den Arbeitsmarkt eintreten. Wie kann man den Jungen eine sicherere Zukunftsperspektive bieten?

Im **Bildungsbereich** muss versucht werden, dass junge Menschen zukünftig in Ausbildungen strömen, wo die Chance groß ist, dass sie dann auch einen Job finden. Bei schnellen Umfragen in Schulen, kann man die jungen Leute, die sich für MINT-Fächer interessieren, meist an einer Hand abzählen. Es geht darum: Wie können wir in jungen Jahren Lust auf diese Fächer machen? Wie schaffen wir möglichst schnell HTLs, die auf IT-Jobs vorbereiten? Unsere duale Ausbildung braucht dringend ein Update, um jungen Menschen weiterhin eine gute und zukunftsorientierte Ausbildung ermöglichen zu können. Die Bedeutung der Lehre zur Ausbildung von Fachkräften braucht auch im Umgang mit digitalen Medien gezielte Förderung.

Die Generation 50+ tut sich mit Veränderungen durch die Digitalisierung weitaus schwerer als „Digital Natives". Wie willst du die Älteren in diesem Veränderungsprozess begleiten, um sie nicht noch stärker vom Arbeitsmarkt zu verdrängen?

Hier liegt die Verantwortung nicht nur bei der Politik, sondern bei uns allen. Unternehmen können ihre Mitarbeiter Schritt-für-Schritt an die Neuerungen heranführen, wenn sie sich frühzeitig mit diesen Entwicklungen auseinandersetzen und ihre Mitarbeiter einbinden. Zusätzlich muss aber auch die Politik Rahmenbedingungen vorgeben. Um ältere arbeitende Generationen und auch Senioren, die nicht länger erwerbstätig sind und daher noch viel weniger digitalen Anschluss haben, aktiv miteinzubeziehen, braucht es alternative Förderungsprogramme im Bereich digitale Medien. Alle Alters- und Bevölkerungsgruppen müssen die Möglichkeit haben, Medienkompetenz zu erwerben oder zu erweitern.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – ein wichtiges Thema. Frauen, die Familienpflichten wahrnehmen und freiwillig Teilzeit arbeiten, müssen mit großen Einkommensunterschieden leben und sind von Altersarmut betroffen. Wie kann man dem entgegensteuern?

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eine der wichtigsten Herausforderungen für die österreichische **Familienpolitik**. Aufgabe wird sein, entsprechende Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Balance zwischen Familie und Beruf gut gelingen kann. Familien sollen Wahlfreiheit haben, damit sie so leben können, wie sie das gerne möchten. Die Kinderbetreuung und die Vereinbarung von Beruf und Familie sollen Mütter wie Väter so gestalten können, wie es ihre Bedürfnisse erfordern. Gleichzeitig setzen wir uns aber auch für eine qualitativ hochwertige, bedarfsorientierte Kinderbetreuung ein. ■



FCG-Bundesvorsitzender Norbert Schnedl und ÖVP-Bundesparteiobmann Sebastian Kurz

gemeinsam - bunt - vielfältig

In meinem Kopf gibt es keine Schubladen!

„DIE BESCHÄFTIGTEN IM GESUNDHEITS-, PFLEGE UND BETREUUNGSBEREICH leisten hervorragende Arbeit und gehen oft bis an die Leistungsgrenzen“, so ein Zitat des noch stellvertretenden Geschäftsbereichsleiters der Gewerkschaft der Privatangestellten, Druck, Journalismus, Papier (GPA-djp) **Reinhard Bödenauer**, das auch auf ihn selbst zutrifft. Der 57-Jährige wurde mit 31. Juli zum Bundesgeschäftsführer der FCG/GPA-djp gewählt. Damit übernimmt ein erfahrener Kollektivvertragsverhandler und profunder Kenner der Gewerkschaftsbewegung die Geschäfte der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in der GPA-djp.

Reinhard Bödenauer hat seine Wurzeln im kirchlichen Bereich und ist 1989 in die GPA eingetreten. Sein beruflich größter Erfolg ist wohl die Errichtung und erfolgreiche Ausgestaltung des Kollektivvertrags Sozialwirtschaft Österreichs (ehem. BAGS) und die Weiterentwicklung der ehemaligen „Vereine und Verbände“. Mehr als 2000 Kollektivvertragsverhandlungen hat Bödenauer bisher geführt. Mit viel Ausdauer und klaren Vorstellungen hat er die Arbeitsbedingungen vieler Kolleginnen und Kollegen in Zusammenarbeit mit Funktionärinnen sowie Funktionären und dem hauptamtlichen Bereich verbessert. Sein Herz schlägt nach so vielen Jahren noch immer für die soziale Arbeit und die gewerkschaftliche Idee.

Seinen zukünftigen Aufgaben sieht er mit Motivation und Zuversicht entgegen. Dabei schadet auch die Überzeugung nicht, dass es meistens einen Weg gibt, etwas zu erreichen, auch wenn es manchmal mühsam und zeitintensiv ist.

Ebenso bringt Reinhard Bödenauer der Vielfalt im Menschen Wertschätzung entgegen und betrachtet sie als Bereicherung. Als KV-Verhandler bringt er ein natürliches Teamplayer-Verständnis mit und freut sich, gemeinsam mit den Funktionärinnen und Funktionären sowie den Sekretärinnen und Sekretären der FCG/GPA-djp die Fraktion bunter, stärker und sichtbarer zu machen. ■



FCG-GPA-djp-Bundesvorsitzender Wolfgang Pischinger mit dem neuen Bundesgeschäftsführer der FCG-GPA-djp, Reinhard Bödenauer.

Rauschendes Sommerfest der FCG Post & Telekom

WEIT ÜBER 800 KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN durften Bundesvorsitzender Manfred Wiedner und Organisationsreferent Raimund Taschner beim Sommerfest der FCG Post & Telekom im Wiener Prater begrüßen.

Finanzminister Dr. Hans-Jörg Schelling schüttelte viele, viele Hände und bedankte sich in seiner Begrüßungslaudatio bei den tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Post und A1 Telekom. Auch aus der FCG-Familie kamen zahlreiche Ehrengäste, angeführt von Bundesvorsitzendem Norbert Schnedl. Der einhellige Tenor aller Gäste: **„Wir freuen uns schon heute auf das FCG Sommerfest 2018“** ■



FCG-GPF-Vorsitzender Manfred Wieder, Jugendfunktionär Franz-Xaver Hinterlechner, Finanzminister Hansjörg Schelling, Bundesvorsitzender Norbert Schnedl und Jugendvorsitzender Thomas Rack (v. l. n. r.) beim Sommerfest der FCG Post & Telekom.

Arbeitsschwerpunkt der FCG-Jugend

Green Jobs: Quo vadis?

Laut EU-Definition sind Green Jobs Arbeitsplätze in der Herstellung von Produkten, Technologien und Dienstleistungen, die Umweltschäden vermeiden und natürliche Ressourcen erhalten.





Diese Arbeitsplätze findet man in den verschiedensten Sparten wie zum Beispiel erneuerbare Energien, nachhaltiges Bauen und Sanieren sowie Wasser- und Abwassermanagement. Der Hauptzweck von Green Jobs ist der Beitrag zum Umweltschutz. Daher können in allen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereichen solche Arbeitsplätze gefunden werden.

Umweltschutz ist heute und auch in Zukunft ein vitaler Wachstumsmarkt. Die österreichische Umwelttechnik-Industrie gehört zu den innovativsten der Welt und genießt international einen erstklassigen Ruf. Sie ist ausnehmend exportintensiv, wächst schneller als die heimische Wirtschaft insgesamt, sichert Wohlstand sowie hochwertige Arbeitsplätze und schafft die technologische Basis zur Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität.

Forschung und Innovation

In der Umwelttechnik als vergleichsweise junge Branche sind Forschung und Innovation eine wesentliche Basis für die erfolgreiche Unternehmensentwicklung. Eine andauernde wachsende Nachfrage nach Umwelttechnik-Produkten und -Dienstleistungen, laufende Erweiterungen bei gesetzlichen Vorschriften und relevanten Standards und Regulierungen sowie eine Vielzahl einschlägiger Förderprogramme auf europäischer, nationaler und regionaler Ebene stellen wesentliche Rahmenbedingungen für die Forschungs- und Innovationsaktivitäten in den Umwelttechnikunternehmen dar.

Startups

Die Attraktivität Österreichs für Startups wurde von der Umwelttechnik-Industrie mehrheitlich als positiv beurteilt. Als generelle Möglichkeiten zur stärkeren Anregung von Gründungen im Umwelttechniksektor in Österreich werden von den Startups an erster Stelle die Reduktion von bürokratischen Auflagen und des Behördenaufwands bei Gründungen sowie die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren genannt.

Infolgedessen werden Green Jobs der Job-Motor der Zukunft sein. Vor allem für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden dadurch eine Vielzahl an Arbeitsplätzen entstehen. Zentral dabei sind sicherlich die vielfältigen Maßnahmen der Internationalisierungsoffensive „go-international", einer Förderinitiative des Bundesministeriums für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft und der Wirtschaftskammer Österreich.

Internationalisierung und Exportorientierung sind wesentliche Kennzeichen der Umwelttechnik-Wirtschaft. Große globale Trends und Entwicklungen wie die Herausforderungen des Klimawandels, das weltweite Bevölkerungswachstum, die zunehmende Urbanisierung, das Heranwachsen von Hunderten neuer Megacities – vor allem in den Entwicklungs- und Schwellenländern – treiben den Bedarf nach innovativen Energie- und Umwelttechnologien in allen Bereichen an.

Als die wichtigsten Erfolgskriterien für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Umwelttechnik-Industrie wurden für alle Exporträume die hohe Qualität der Produkte und Dienstleistungen genannt und die innovativen Technologien, welche die Unternehmen anbieten können. ■

Ein Kommentar von Alfred Zankanella

Digitalisierung: Neue Freiheit?

Die Digitalisierung bringt viele neue Möglichkeiten: Roboter übernehmen schwere und gefährliche Arbeiten; Verwaltungsarbeiten in Handel, Büro, Bank und Bauwirtschaft erledigt der Computer mit genau angepasstem Programm.

Fragwürdige Freiheit

Der arbeitende Mensch findet – so die Botschaft – auch zu einer neuen Lebensqualität und Freiheit, weil er oder sie über Arbeitsort und Arbeitszeit selbst entscheiden kann. Das gilt für „crowdworker", die über eine Plattform (z.B. Amazon Mechanical Turk, Book a tiger, MyHammer oder Checkrobin) am PC arbeiten, aber auch für Arbeit im „Homeoffice", für Teilzeitarbeit, Werkverträge und Projektarbeit.

Ist abnormal wirklich normal?

Vor einem Jahr schrieb Sylvia Kuba (AK Wien) im „Falter" (Nr. 27a/16) einen Artikel „Abnormal ist das neue Normal". Darin zeigt sie die Kosten dieser neuen Freiheit: Kein sicherer Arbeitsplatz, Bezahlung oft gering, kein direkter Kontakt zum Auftraggeber und – vor allem Unklarheit über die arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Situation. Der Auftraggeber ist meist im Ausland, der Auftragnehmer ist kein Arbeitnehmer im bisherigen Sinn. Daher haben er oder sie keinen Schutz durch das geltende Arbeitsrecht und keine Sozialversicherung.

Martin Risak, Prof. für Arbeitsrecht an der Uni Wien meint dazu, die Arbeitswelt verändere sich rapid. „Jedenfalls muss etwas passieren, da die klassische Industriearbeit, von der das Arbeitsrecht bei seiner Schaffung ausgegangen ist, massiv im Schwinden begriffen ist"... "Es gibt verstärkt formal selbständige, die aber in wirtschaftlicher Hinsicht ebenso schutzbedürftig sind, wie traditionelle Arbeitnehmer".

Leistungssport oder Selbstausbeutung?

Denn traditionelle Erwerbsarbeit lässt sich neu gestalten. Die Arbeit zu Hause (Homeoffice) kann das Leben – vor allem in Haushalt und Familie – aus dem Zwangskorsett des Acht-Stunden-Tages außer Haus befreien. Man kann sich die Arbeitszeit selbst so einteilen, dass sie mit dem Privatleben zusammenpasst.

Umfragen zeigen allerdings auch die andere Seite des „Homeoffice": Präzise Qualitätsansprüche und Terminvorgaben schaffen einen enormen Arbeitsdruck: Nicht nur jüngere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen werden auch nach Arbeitsschluss am Abend gebeten, sich auf konkrete Projekte des nächsten Tages mit vorzubereiten, bzw. E-Mails oder Handy-Anrufe zu beantworten. Natürlich sollen sie bereit sein, noch „rasch etwas zu erledigen", also rund um die Uhr erreichbar sein.

Angst um den Arbeitsplatz?

Die Angst um den Arbeitsplatz oder die Hoffnung auf einen Arbeitsplatz führen so zur Selbstausbeutung, die mit keinem leistungsgerechten Lohn bezahlt wird. Soweit nicht eine Betriebsvereinbarung besteht, wie bei einigen deutschen Konzernen, ist es schwierig, diese ständige Bereitschaft so zu erfassen, dass sie abgegolten wird. Neben diesen Ängsten gibt es auch die „Spielfreude": Man will zeigen, dass der Umgang mit den neuen Medien beherrscht wird und dass dies ein Abenteuer ist, auf das man sich sportlich gerne einlässt.

Die Herausforderung: Faire Regeln

Für den Gesetzgeber aber auch für die Sozialpartner – im Interesse der Arbeitnehmer vor allem für die Gewerkschaften – ist dieser Vorgang der „Entgrenzung" der Erwerbsarbeit von Raum (Arbeitsplatz) und Zeit („auf Vertrauensbasis") eine neue Situation, die noch bewältigt werden muss. Wir brauchen ein neues Tarifsystem, das die positiven wie auch die belastenden Momente der neuen Situation erfasst. Auch die Scheinselbständigen (z.B. Ein-Mann/Frau-Firmen) brauchen eine Vertretung.

Gesucht wird eine faire und für Auftraggeber und Auftragnehmer befriedigende Lösung am digitalen Arbeitsmarkt. Auch Freiheit braucht Regeln und Schutz, denn Traumjob und Albtraum können einander gefährlich nahe sein. ■



Alfred Zankanella

Erwachsenenschutzgesetz statt Sachwalterschaft

Mehr Selbstbestimmung

DERZEIT GIBT ES IN ÖSTERREICH FAST 60.000 BESACHWALTETE MENSCHEN. Diese Personen können nur von einem Taschengeld, das der Sachwalter festlegt, Gebrauch machen. Dadurch sehen sie sich insgesamt als entmündigt. Das neue Gesetz, ab 1. Juli 2018 in Kraft, soll mehr Selbstbestimmung und individuelle Lösungen in Abstimmung mit der Familie bieten. Insgesamt bringt es Verbesserungen für alle.



Das Erwachsenenschutzgesetz bringt mehr Selbstbestimmung und Individualität für die Betroffenen.

Vorsorgevollmacht

Diese ist für noch voll entscheidungsfähige Personen vorgesehen. Neben Notar und Rechtsanwalt soll sie künftig auch bei einem Erwachsenenschutzverein beantragt werden können. Sie bedarf keiner laufenden Kontrolle, bei gewissen Angelegenheiten jedoch einer gerichtlichen Genehmigung.

Gewählte Erwachsenenvertretung

Diese Möglichkeit ist für gemindert entscheidungsfähige Personen vorgesehen. Als Vertretung können hier neben Angehörigen auch Nachbarn oder Freunde fungieren. Hierbei kann bestimmt werden, dass die Vertreterin bzw. der Vertreter Entscheidungen nur im Einvernehmen mit dem Betroffenen trifft.

Gesetzliche Erwachsenenvertretung

Diese Form ist für Personen gedacht, die ihre Vertretung nicht selbst wählen können. Im Gegensatz zur Gewählten Erwachsenenvertretung umfasst sie auch die Repräsentation vor Gerichten.

Gerichtliche Erwachsenenvertretung

Hier ist immer die gerichtliche Bestellung vorgesehen. Neben dem Lebenssituationsbericht ist auch eine Rechnungslegung zur Kontrolle der Finanzen verpflichtend. Die gerichtliche Erwachsenenvertreterin bzw. der gerichtliche Erwachsenenvertreter wird nur für einzelne Fälle bestellt. Sobald diese erledigt sind, wird die Vertretung beendet. ■

NEUER POLIZEI-AUSBILDUNGSKURS IM BURGENLAND. „Unsere Polizistinnen und Polizisten sorgen jeden Tag für unsere Sicherheit und tragen so dazu bei, dass das Burgenland eine der sichersten Regionen Mitteleuropas ist. Das zeigt sich auch in der aktuellen Kriminalstatistik", sagt Andreas Hochegger, Landesvorsitzender der FCG-Burgenland. Um die Sicherheit dauerhaft zu gewährleisten, bitten Andreas Hochegger und VP-Obmann Thomas Steiner den Innenminister Wolfgang Sobotka, den nächsten Polizeiausbildungskurs schon 2018 durchzuführen. ■



© ÖVP Burgenland

Pflegelehre sinnvoll?

WÄHREND SICH DIE GÖD-GESUNDHEITSGEWERKSCHAFT rund um Reinhard Waldhör dafür einsetzt, dass die Arbeitsbedingungen für die in der Pflege arbeitenden Kolleginnen und Kollegen verbessert werden, kommt seit geraumer Zeit immer wieder die Idee einer Pflegelehre auf.

Denkt man an die immer älter werdende Gesellschaft, so scheint diese Idee auf den ersten Blick gut, aber nur auf den ersten Blick. Reinhard Waldhör hat sich mit dem Thema genauer beschäftigt und lehnt die Pflegeausbildung als Lehrberuf ab: Die psychische Belastung der beim Einstieg 15-jährigen Jugendlichen, die durch den Tod, schwerste Krankheiten und verschiedene Diagnosen hervorgerufen werde, sei einfach zu groß. Eine Pflegelehre würde nicht zu einem Mehr an Arbeitskräften im Pflegeberuf führen, sondern zu mehr Burn-Out-Erkrankungen und einer höheren Drop-Out-Rate in der Pflege. Und das könne nicht der Sinn sein.



Die Einführung der Pflegelehre ist nur auf den ersten Blick eine gute Idee.

Derzeit werde eine Politik verfolgt, die versucht, möglichst billige Pflegekräfte zu lukrieren. Dies führe aber auf Dauer zu keiner Gesamtsteigerung des Pflegepersonals. Die Fluktuation in den Pflegebereichen sucht jetzt schon seinesgleichen. Dies würde auch die Einführung einer Pflegelehre nur weiter befeuern. Hier würden wieder viele junge Leute in einen Beruf gehen, wo sie nach wenigen Jahren mit psychischen Problemen wieder weggehen. Die Belastung sei einfach zu groß für derart junge Menschen.

Fazit: In der Pflege – vor allem in der Langzeitpflege – brauche es Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen! (Mehr dazu lesen Sie auf Seite 13.) ■



IM JUNI FAND DIE BUNDESKONFERENZ DER FCG-FRAUEN in Salzburg statt. Maria Bloderer wurde von den Delegierten als Vorsitzende für die nächsten fünf Jahre wiedergewählt. Seitens der FCG-Frauen überbrachten die Stv. GÖD-Vorsitzende Romana Deckenbacher und die Stv. FCG-Frauenvorsitzende Rosa Golob-Fichtinger die besten Wünsche für das Gelingen der Konferenz. ■



DIE FRAUENKONFERENZ IN VORARLBERG fand ebenfalls im ersten Halbjahr 2017 statt. Petra Rührnschopf wurde als Vorsitzende der FCG-Frauen in Vorarlberg gewählt. Eine Besonderheit gibt es in Vorarlberg, dort stellt die FCG auch die Frauenvorsitzende des ÖGB. Iris Seewald wurde bei der ÖGB-Frauenkonferenz in diese Funktion gewählt und übernimmt das Amt von Doris Pfeiffer. Bundesfrauenvorsitzende Monika Gabriel freut sich, so starke Frauen in ihrem Team zu haben. ■

Pflegepersonal muss dringend entlastet werden

DIE GESELLSCHAFT BEFINDET SICH IM WANDEL. Auch die Frage: „Wie gehen wir in Zukunft mir unserer älteren Generation um?“ Wir sind zwar stolz auf die Generation, die es geschafft hat, unseren Wohlstand zu begründen – aber bei der Verpflichtung, sie im Alter gut zu versorgen, wird aktiv weggeschaut! **Und ja – diese Versorgung kostet Geld!**

Mehr als ein Drittel der Personen in den Pflegeberufen empfindet ihre Tätigkeit als **stark seelisch belastend** und aufreibend. Der Zeitdruck ist dabei ein sehr wesentlicher Faktor. Nur 33 Prozent der Pflegekräfte glauben heute, ihren Beruf bis zur Pensionierung ausüben zu können.

Derzeitige **Personalbedarfsberechnungsmodelle** dienen vor allem **ökonomischen Vorgaben** und haben mit den Anforderungen idealer Pflege nichts zu tun! Es bedarf daher grundlegender, länderübergreifender Standards in Bezug auf Personalberechnung, wobei sowohl die Schnelllebigkeit heutiger Versorgungsformen, Dienstplanänderungen, Ausbildungen und alternsgerechte Arbeitsformen definiert werden müssen.
Ebenso hat sich der Bedarf an pflegerischer Versorgungsleistung durch die geänderten gesellschaftlichen Strukturen, den medizinischen Fortschritt und die mit dem demografischen Wandel verbundene Multimorbidität in den letzten Jahren wesentlich gewandelt.


Die Kolleginnen und Kollegen in der Pflege erbringen täglich Höchstleistungen.

Die Menschen in unserem Land werden immer älter werden. Die **Lebenserwartung** wird bei Männern von 78,5 auf 87,3 Jahre (2060) und bei Frauen von 83,6 auf 90,6 Jahre steigen. Auch dieser Umstand trägt dazu bei, dass Personalbedarfsberechnungen adaptiert werden müssen, um diesen Anforderungen gerecht zu werden.

Wir fordern daher:

- **Österreichweit gleiche Personalberechnung**
- **Österreichweit gleiche Qualität in Pflege und Betreuung**
- **Arbeitsbedingungen, die nicht krank machen**
- **Bezahlung, die der Verantwortung und Schwere der Tätigkeit gerecht wird!**

Gute Pflege für alle – Österreich braucht uns! ■



IM MAI 2017 HIELT DIE FCG-BETRIEBSRATSGRUPPE „KARL FRANZENS UNIVERSITÄT – ALLGEMEINE“ der Universität Graz ihre jährliche Klausur ab, bei der sie ihr Arbeitsprogramm erweiterte und ihre Aufgaben und Ressourcen innerhalb der Gruppe neu verteilte. Bei der Erweiterung ihres Fachwissens wurden sie dabei durch die stv. Vorsitzende der GÖD, Monika Gabriel, die Vorsitzende der BV 16 in der GÖD, Gaby Waidringer und dem Leiter der Abteilung Kollektivvertrags- und Arbeitsverfassungsrecht in der GÖD, Mag. Stefan Jöchtl, bestens unterstützt und geschult. ■

Franz Gosch: Hände weg vom Pendlerpauschal

Mehr Wertschätzung für Pendlerinnen und Pendler

AK-Vizepräsident und Obmann der Pendlerinitiative Franz Gosch zeigt sich über das plötzliche Interesse der Wirtschaft an der Pendlerschaft überrascht und kritisiert die Forderung des WK-Regionalstellenleiters Graz, Viktor Larissegger, scharf, welcher die Abschaffung des Pendlerpauschal zugunsten günstiger Öffi-Tickets gefordert hatte.

Die Pendlerinitiative setzt sich für ein verbessertes Pendlerpauschal ein. Die Mehrheit der Pendlerinnen und Pendler hat durch die Ausdünnung des öffentlichen Verkehrs im ländlichen Raum keine ausreichende öffentliche Verbindung zur Verfügung.

„Pendeln kostet Zeit und Geld, schon jetzt gibt es viele Pendlerinnen und Pendler, die bis zu einem Drittel ihres Einkommens verwenden müssen um den Weg zur Arbeit finanzieren zu können. Ein Griff auf die Einkommen der Pendlerinnen und Pendler kann nur mit erbittertem Widerstand beantwortet werden. Hier geht es um Menschen und Existenzen", betont Gosch.



Franz Gosch informiert die Pendlerinnen und Pendler.

Pendlerinnen und Pendler sind unverzichtbare Leistungsträger der Wirtschaft und müssen auch im Interesse der Wirtschaft weiterhin gefördert werden. Viele Betriebe stellen jetzt schon ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steuerfreie Jobtickets zur Verfügung. „Aber das beste Jobticket hilft nichts, wenn ich vor Ort keine geeigneten Öffis zur Verfügung habe! Ich werde mit der Wirtschaft, allen voran mit dem Wirtschaftskammerpräsidenten in Dialog treten, um dieses wichtige Thema gemeinsam abzuklären", so Gosch abschließend. ■

Was trägt zu einer erfolgreichen BR-Arbeit bei?

Für eine erfolgreiche Betriebsratsarbeit und Personalvertretung sind drei Eckpunkte zu beachten.

Zum ersten muss man sich in der Materie auskennen und Fachkenntnis aneignen. Zweitens muss man Menschen mögen bzw. gewillt sein, bei ihnen präsent zu sein. Und drittens – darüber möchte ich hier schreiben – benötigt man einen klugen und strukturierten Fahrplan. Biblisch würde er so lauten: „Seid klug wie Schlangen, aber ohne Falsch wie die Tauben" (Mt 10,16).

Was ist mit diesem „Fahrplan" gemeint? Der Einsatz für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen braucht eine starke Motivation. Gut beraten sind jene, welchen ihre Motivation bzw. ihren Fahrplan mit der christlichen Soziallehre in Einklang bringen.

Durch das Verinnerlichen der sozial-ethischen Prinzipien gewinnt man zwar noch keine Verhandlung, doch ein Ignorieren des sozialethischen Wertefundaments führt dazu, dass auf der Beziehungsebene ein Vertrauensverlust passiert. Was sich rächt. Denn, wenn für die Kollegen und Kolleginnen nicht greifbar ist, dass man als Betriebsrat hinter ihnen steht, dann werden sie misstrauisch. Ein Fahrplan, der zeigt, dass nicht das persönliche Ego mit den eigenen Bedürfnissen im Mittelpunkt ▶

Wer AK schwächen will ist gegen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

„Die Forderung ist ein Anschlag auf unser gut funktionierendes Lohn- und Sozialsystem in der Sozialpartnerschaft“, erklärt der FCG-Landesvorsitzende Thomas Rasch.



Fritz Pöltl und Thomas Rasch sind sich einig, dass die Pflichtmitgliedschaft in der AK keinesfalls abgeschafft werden darf.

Die FPÖ betont immer wieder ihre Volksnähe und ihren Sinn für soziale Gerechtigkeit. Dennoch zeichnet sich, nach den letzten Forderungen der FPÖ die Pflichtmitgliedschaft in den Kammern abzuschaffen und die Kammerbeiträge zu halbieren, ein eindeutiges Bild.

Diese unüberlegte und wahltaktisch populistische Forderung richtet bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern massive Schäden an.

Die Arbeiterkammern achten gemeinsam mit den Gewerkschaften darauf, dass bei Gesetzen die Interessen der arbeitenden Menschen gehört werden. Ohne eine starke und finanziell gesicherte Arbeiterkammer kann den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nicht entsprechend geholfen werden um ihre Rechte gegen unfaire Arbeitgeber auch durchsetzen zu können.

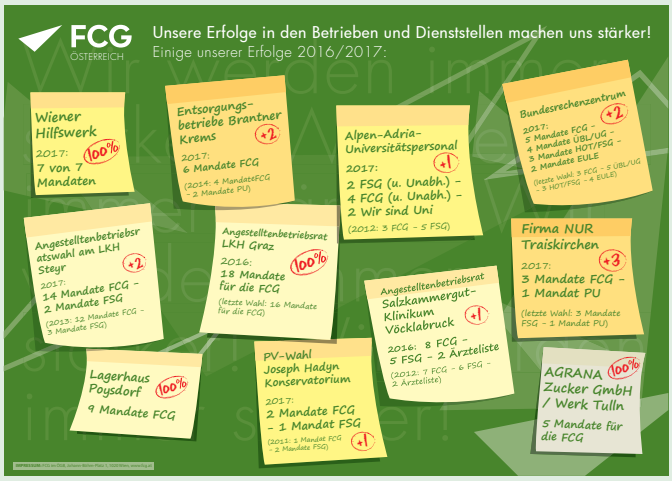
Eine günstige Rechtsschutzversicherung kostet mehr als der AK-Beitrag eines Durchschnitt-Verdieners und bietet nur Rechtsschutz, keine Interessenvertretung, keinen Konsumentenschutz und kein Service. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer können dann nur noch hoffen, fair bezahlt zu werden.

Die Arbeiterkammer vertritt österreichweit die Interessen von über 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern gegenüber Regierung und Wirtschaft. Auch in Zeiten von Digitalisierung und Industrie 4.0 darf nicht auf die Menschen und ihre Bedürfnisse vergessen werden. Nachdem die FPÖ ihr Wirtschaftsprogramm vorgestellt hat, ist eines klar - Verantwortungsvolle Politik im Sinne der Beschäftigten sieht anders aus.

„Wer die AK derart schwächen will, der tritt die Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Füßen und müsste daher für sie unwählbar sein!“, betont FCG Landesgeschäftsführer Friedrich Pöltl´. ■

▶ steht, sondern dass man sich FÜR ein gemeinsames Ziel der Belegschaft und FÜR andere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzt, dieser Fahrplan ist essentiell für nachhaltigen Erfolg.

Jeder Sieg und jeder Erfolg, die mit einem Vertrauensverlust einhergehen, sind kurzsichtig und kontraproduktiv. Deshalb tragen zu einer erfolgreichen BR-Arbeit nicht nur eine gute Strategie und Taktik bei.



Was zählt ist, vor allem die Fähigkeit zugunsten der Stärkung der Arbeitnehmerschaft auf ego-getriebene Siege verzichten zu können. Wer einen Fahrplan hat, der Klugheit und ein gleichmütiges Herz vereint, der wird angesichts der Versuchungen, Drohungen und Leidenschaften, die mit betrieblicher Interessensvertretung einhergehen, eine starke Stimme und eine vertrauenswürdige Vertretung sein. ■

Dr.in **Karin Petter-Trausznitz**, *MSc*

Buchvorstellung: Arbeit in der Gig-Economy

DIE „GIG-ECONOMY" BESCHREIBT EINE WIRTSCHAFTSFORM, in der es um kurzfristige Arbeitsverhältnisse im Netz geht. Diese werden über Plattformen abgewickelt. Die Verhältnisse in diesen plattformbasierten Arbeiten werden durch die allgemeinen Geschäftsbedingungen geregelt, die von den Plattformbetreibenden den Arbeitenden aufgezwungen werden.

Plattformen spielen in diesem Zusammenhang eine sehr wichtige Rolle, indem sie die Verbindung zwischen der Masse potenzieller Leistungserbringerinnen und Leistungserbringern (der Crowd) und den Nachfragenden dieser Leistungen herstellen.

Das Buch möchte einen Beitrag zur Klärung der arbeits- und sozialrechtlichen Fragen betreffend die in der Gig-Economy Arbeitenden leisten.



Konkret werden vier Geschäftsmodelle beschrieben:

- **Foodora**, ein Zustellservice für Essen
- **Uber**, ein Transportdienstleister
- **Book a Tiger,** eine haushaltsnahe Dienstleistung
- **Clickworker**, eine Tätigkeit die im virtuellen Raum stattfindet

Anhand der Analyse dieser Geschäftsmodelle haben die Autorinnen und Autoren Lücken entdeckt. Unter Lücke verstehen die Herausgeberinnen und Herausgeber die Betrachtung der digitalisierten Wirtschaft aus rechtlicher Sicht.

„Das Problem ist so konstruiert, dass es so wirkt, als würden zwei gleichrangige Personen einander gegenüberstehen. Man glaubt dieses Problem mit zivilrechtlichen Mitteln lösen zu können. Dennoch wird kein Schutz für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewährleistet", erklärt Dr.in Doris Lutz. ■

Arbeit in der Gig-Economy
Hrsg.: Risak Martin, Lutz Doris
Erschienen im ÖGB-Verlag
ISBN 978-3-99046-219-5
Preis: 34,90 Euro

Gewinnspiel:

Schreiben Sie uns an: gewinnspiel@fcg.at
oder FCG-Magazin, Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien und **gewinnen Sie ein Exemplar des Buches.**

Sonntag – mein Bier

Ein Hopfenbräu das schmeckt & dem guten Zweck dient.

Unter diesem Namen hat die Allianz für den arbeitsfreien Sonntag in Kooperation mit Österreichs einziger Stiftsbrauerei Schlägl ein „Sonntagsbier" heraus gebracht.

Die 0,33 Flasche kostet 1,50 Euro, wobei 60 Cent davon der Allianz zu Gute kommen, um weiterhin für die Beibehaltung des **arbeitsfreien Sonntags** einzustehen und entsprechende Projekte und Kampagnen zu initiieren und zu unterstützen.

Erhältlich ist das Bier in 20-er Kartons unter: info@freiersonntag.at ■



Vorarlberger Kinder haben einige Kisten des Sonntagsbiers kreativ bemalt.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs I Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at I Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 I Web: www.fcg.at I ZVR-Zahl: 938 560 454 I Chefredaktion: Anneliese Rothleitner-Reinisch, MSc

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum